

# Wirtschaftsdienst

## Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 24.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg Schriftl.: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5 Fernspr.: Hansa 2447 N. 26-35

Nr. 44	Hamburg, den 1. November	1918
<b>Inhalt</b>		
Die Krisis .....	Seite 993	Chile..... Seite 1005
Japan und die weltpolitische Lage .....	„ 994	Weltwirtschaftliche Übersichten
Das neue Südamerika und wir .....	„ 996	Geld und Kapital..... „ 1006
Die Zahlungsmittelnot .....	„ 998	Schiffahrt und Schiffbau..... „ 1009
Deutschland.....	„ 1000	Rohstoffe und Warenmärkte..... „ 1009
Dänemark .....	„ 1002	Vermischtes..... „ 1011
Kanada.....	„ 1003	Wichtige Neueingänge..... „ 1012

(Nachdruck mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet)

## Die Krisis

Es ist nicht unsterkes Amtes und nicht dieses Ortes, den Sinn der ungeheuren Wendung zu deuten, die Deutschland in wenig Wochen von den steilen Höhen unbedingter Siegesicherheit bis an den schmalen Rand des Abgrunds geführt hat: eine solche Schicksalswende ist niemals aus dem durchsichtigen Gewebe von Ursachen und Wirkungen zu erklären, mit dem es der Forscher und der Wirkende allein zu tun hat, sondern muß tieferen und dunkleren Gründen entstammen — dem Bereich der richtenden Mächte, der schöpferischen und der vernichtenden Gewalten, von denen nur dem Dichter und dem Seher zu sagen erlaubt ist. Dennoch wird in einer solchen Lage, wie sie uns heut gegeben ist, kein Schritt getan, kein Urteil gefällt, keine Anschauung gebildet werden können, wenn nicht alles Einzelne im Zusammenhang des Ganzen dieser Krisis geschaut, jedes Motiv auf den unverrückbaren Mittelpunkt der Erschütterung zurückgeführt wird. Wer die Probleme isolieren, die Gebiete nach den gewohnten Schematen trennen wollte, würde bald belehrt, daß er sich des festen Punktes begeben hätte, von dem aus allein Erkenntnis und Tat klaren Raum und sicheren Boden finden können. Denn nichts anderes unter den weithin sichtbaren und sagbaren Dingen erscheint dem Prüfenden heute verlässlich und fest als die alle Maße des Jahrhunderts übersteigende Tatsache der Krisis selbst: die Wende des Schicksals und des Wesens der Nation selber als eines geistigen Ganzen, zugleich aber auch als eines politischen Gebildes und volkswirtschaftlichen Aggregats.

Niemand vermag heute abzuschätzen, bis zu welcher Tiefe der Boden aufgewühlt und umgestaltet werden wird. Dämme, die seit mehr als einem Menschenalter für unüberwindlich gehalten wurden, zerreißen wie Berg. Die Axiome von gestern sind die Fragwürdigkeiten von heut, und kein Element ist sichtbar, das den revolutionären Energien Halt und Grenze gebieten könnte. So ruhig und scheinbar störungslos das alltägliche Leben seinen Gang geht: es ist kein Zweifel möglich, daß

wir in eine jener verwandelnden Zeiten eingetreten sind, in denen das Unglaubliche sich mit traumhafter Schnelle verwirklicht: Wände zerteilen sich, Flüsse erstarren, und da Widersprechende fügt sich zu gestern noch undenkbarer Einheit.

Fragt man nach dem Inhalt des Neuen, so wird man gewahr, daß von der Umwandlung vorerst nichts anderes sichtbar geworden ist als das Negative. Die Nation wird sich bewußt, daß sie ihren Willen zu weit gespannt, die Kräfte der feindlichen Umwelt unterschätzt, die Leitung des Reichs zu lange in unrechten Händen geduldet hat. Sie räumt auf mit Verfassungsbestimmungen, die sie für veraltet und für die Quelle vielen Mißgeschicks und vielen Leidens hält. Sie wendet sich von politischen Grundüberzeugungen ab, die bisher für die Führung der Staatsgeschäfte unbedingt maßgebend waren. Sie ist bereit, einen wesentlichen Teil der Souveränität des Reiches zugunsten einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung aufzugeben. Über den neuen Kräften jedoch, die den überstaatlichen Bund aufbauen und sichern sollen, schweben noch schwere Wolken von Zweifeln und Fragen. Die Grundsätze selbst, die „naturrechtlichen“ Prinzipien des Völkerbundes, widersprechen einander in mehr als einem wesentlichen Punkt, und noch ist keine Idee erkennbar, die den Widerstreit der Parteien schlichten und das Widerstrebende zur höheren Einheit führen könnte: bis aber eine solche Idee aus dem Chaos aufgetaucht und zur Herrschaft gelangt ist, bleiben die Selbstbestimmungsrechte der nationalen Minoritäten auf der einen, die Selbsterhaltungsrechte der staatsbildenden Majoritäten auf der andern Seite in endlosem Streit befangen. Der Völkerbund postuliert die Versöhnung der Gegensätze, aber er macht zunächst, durch Aufhebung des alten Rechtszustandes, nur die bis dahin vielfach latenten Gegensätze in größerer Breite offenkundig.

Nicht anders liegen die Verhältnisse auf dem Feld der Wirtschaft. Sichtbar und greifbar ist nur das Negative: der Verzicht auf territoriale und koloniale Ausdehnung, auf

Stärkung der handelspolitischen und der finanziellen Position; die Aussicht auf Schmälerung des nationalen Bodens und der heimischen Volkszahl durch die Friedensverträge; der Verlust von mehr als einer Million der besten Männer im Felde; die Belastung mit riesenhaften Kriegskosten und erdrückenden Entschädigungszahlungen; die kritische Verringerung des nationalen Kapitals und die beispiellose Erschwerung jedes neuen weltwirtschaftlichen Aufstiegs. Wie die Probleme bewältigt werden sollen, die durch die Lage selbst, unabhängig von jeder Veränderung der wirtschaftspolitischen Tendenzen, gestellt werden: darüber wird unter den Parteien, die als Reichstagsmehrheit die Geschicke des Reiches jetzt in Händen halten, kaum schon ein Einverständnis erzielt sein. In dieser Mehrheit finden sich Parteien, die von jeher im freien Spiel der Wirtschaftskräfte das Ideal der Wirtschaftsverfassung gesehen haben und die den raschen Abbau der kriegsnotwendigen Regiminalwirtschaft mit immer größerer Hestigkeit gefordert haben. Mit ihnen verbündet aber ist die offizielle Vertretung der Arbeiterklasse, die allein von der gebundenen Wirtschaft das Heil erhofft und die schon jetzt im Reichstag durch einen ihrer Sprecher erklärt hat, daß große Teile der deutschen Volkswirtschaft „reif zur Sozialisierung seien.“ Nimmt man mit Recht an, daß die Reichstagsmehrheit auch in wirtschaftlichen Fragen geschlossen zu bleiben wünscht, so wird man in den nächsten Jahren mit einem zähen stillen Ringen der dank der politischen Konstellation verbündeten Gegner, zu rechnen haben, deren Ergebnis nichts anderes als eine neue Synthese freier und gebundener Wirtschaft sein kann. Man wird sich mit die-

sem Gedanken vertraut machen oder darauf verzichten müssen, die Sozialdemokratie in dem Mehrheitsblock zu halten. Die Synthese aber kann nur gefunden werden, wenn man, jenseits aller Schlagworte des Tages und der Parteien, die Wahrheit aus der Sache selbst und aus den staatsbildenden Fähigkeiten und Zielen des Volkes und seiner Führer so mutig und klar zu entwickeln sucht wie es die großen Wirtschaftsgestalter der deutschen Vergangenheit: Friedrich der Große und Freiherr von Stein, Friedrich List und Fürst Bismarck getan haben.

Es ist das Wesen jeder großen nationalen Krise, daß sie nur aus den tiefsten Kräften des Volkes beschworen werden kann. Niemand wird erwarten dürfen, daß die Programme und Rezepte, die er vor dieser Zeit erdacht und erprobt hat, sich auch in der von Grund auf geänderten Lage als zulänglich erweisen können. Es muß alles noch einmal durchgedacht und im neuen Zusammenhang geschaut werden. Deutschland trägt die Bürde eines unter allen Völkern beispiellosen Schicksals: aber diese Last birgt in sich auch eine Verantwortung und eine Aufgabe. In den Gemütern der Dampfern, den Köpfen der Regenten, dem Geist der Besten lebt schon heute eine unausgesprochene, kaum aussprechbare frohe Gewißheit, die sich nicht nur aus dem Bewußtsein ungebrochener Kraft, sondern auch aus der Ahnung einer noch unerfüllten Sendung unseres Volkes nährt. Diesem kommenden Deutschtum und Deutschland gehört unverrückbar all unser Schauen, Planen und Tun, wie auch die Winde des Schicksals wehen.

Kurt Singer

## Japan und die weltpolitische Lage

Immer deutlicher tritt in die Erscheinung, daß der Zusammenbruch und die Bolschewikisierung Rußlands, weit entfernt davon, Japans Macht im Fernen Osten zu stärken, eine schmerzlich empfundene Lücke im Aufbau der japanischen Politik aufgetan haben. Wenn es zeitweilig schien, als ob auf dem Wege einer beschleunigten wirtschaftlichen Durchdringung und politischen Hörigmachung Chinas ein wenigstens zeitweiliger Ersatz für Rußlands Ausfall geschaffen werden könne, so darf man sich heute dem Eindruck nicht mehr verschließen, daß auch Terachis Chinapolitik der Faust im Samthandschuh und der Zusammenarbeit mit in die chinesische Regierung geschobenen Günstlingen Japans einen vollständigen Fehlschlag zeitigte. Wohl hat Japan die Zeit, in der sein Verbündeter England und sein mächtiger wirtschaftlicher Rivale, die Vereinigten Staaten, dem Kampf in Europa alle vorhandenen und in der Entwicklung begriffenen Energien restlos zuwenden mußten, zur Anbahnung einer Vormachtstellung im Fernen Osten nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete benutzen können. Seine Bestrebungen wurden bis zu einem gewissen Grade von den Alliierten unterstützt, solange der Ausgang des Weltkrieges zweifelhaft und die Ruhe im englischen Weltreich nicht über alle Zweifel erhaben war. Als bald aber hat das Expansionsstreben des amerikanischen Kapitals, nunmehr gestützt auf eine solide Wehr- und gewaltige politische Macht, nach Überwindung der im Frühjahr dem Verband drohenden Krise sich mit verdoppelter Energie dem zeitweilig Japan preisgegebenen wirtschaftspolitischen Aufgaben im Fernen Osten zugewendet.

Die Zeit, die zwischen dem Lansing-Shi-Abkommen vom Herbst 1917 und den jetzigen Ereignissen liegt, ist auch im Fernen Osten reich an Wechselfällen gewesen. Hatte es noch zu Anfang des Jahres geschienen, als ob eine Art japanischer Monroe doktrin ganz Ostasien der wirtschaftlichen und politischen Vormacht Japans restlos vorbehalten werde, so hören wir ihr jetzt aus dem Munde des australischen Premiers eine austral-

asiatische, aus der amerikanischen Presse eine austral-amerikanische Doktrin dieser Art mit Bezug auf den Stillen Ozean entgegenhalten.

So hat sich denn bewahrheitet, was wir aus Anlaß der auf den Kurswechsel im japanischen Ministerium des Äußeren gesetzten Hoffnungen, die sich schon wieder in der deutschen Presse breit machten, als der Russenfreund und Interventionist Motono durch den in Deutschland beliebteren Gojo ersetzt wurde, (Heft 16; Das Neue Deutschland) zu Anfang Mai warnend äußerten: „Seit Rußlands Ausscheiden aus dem Kampf ist Japan mehr denn je auf Verständigung mit England und den Vereinigten Staaten angewiesen und wird plötzliche Änderungen in der Richtung seiner Politik peinlich vermeiden, solange nicht eine ganz neue politische Konstellation eingetreten ist.“

Im Frühjahr dieses Jahres hat der auch in Deutschland nicht unbekannt Nationalökonom Professor Dr. Masao Rambe mit einer an Eynismus grenzenden Offenheit in der von der Rechtsfakultät der Kaiserlichen Universität in Kyoto herausgegebenen Zeitschrift „Keizai Ronmo“ die Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten in ihrer Wirkung auf Japans Chinapolitik geschildert. Indem er auf die absolute Notwendigkeit für Japan hinweist, seine Zukunft in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht durch die Beherrschung der Rohstoffquellen Chinas sicherzustellen, führt er aus: „Der beste Weg dazu bestünde offenbar darin, China unter japanische Herrschaft zu nehmen und die beiden Staaten in einem Bündnis zu vereinigen, oder wenigstens einen wirtschaftlichen Zollbund zwischen ihnen herzustellen. Japan möchte wohl, das sei offen zugegeben, eine von diesen Alternativen verwirklichen, wenn es nur könnte.“ Was aber steht nach Rambes Ansicht der Verwirklichung solcher Ansichten im Wege? Daß China sich nicht so ohne weiteres mit einer japanischen Herrschaft abfinden würde, ist ihm klar, doch könnte es bei richtiger Einschätzung seiner eigenen Lage gegen ein Bündnis oder wenigstens einen Zoll-